

durch. In dem Vertragswerk kam die CDU den Sozialdemokraten in vielen Punkten entgegen. Zudem erhielten sie vier der acht Ministerien. Ob die SPD am Ende der Wahlperiode als Juniorpartner der Verlierer des schwarz-roten Bündnisses sein wird, weil die Erfolge der Regierung wie 1999 der CDU zugeschrieben werden, ist offen. In den Verhandlungen mit der CDU ist es der SPD jedenfalls gelungen, eine ganze Reihe ihrer Positionen im Koalitionsvertrag festzuschreiben. Falls sie diese tatsächlich in der Regierungsarbeit der nächsten fünf Jahre umzusetzen und zu kommunizieren vermag, stehen die Chancen der Sozialdemokraten zur Profilierung innerhalb der Koalition recht gut.

- (9) Überraschend benötigte *Christine Lieberknecht* drei Wahlgänge im Parlament, um die zweite Ministerpräsidentin Deutschlands zu werden. In den ersten beiden Wahlgängen fehlten ihr jeweils vier Stimmen aus den Regierungsfraktionen. Erst als im dritten Wahlgang *Ramelow* für die Linke antrat, bekam *Lieberknecht* alle Stimmen von CDU und SPD sowie von der FDP. Sie will auf Transparenz und Offenheit in der politischen Arbeit setzen und damit einen neuen Politikstil in Thüringen prägen.

Die sächsische Landtagswahl vom 30. August 2009: Sachsens Vorreiterrolle für den Bund

Eckhard Jesse

1. Die Ausgangslage

Die Ausgangslage war 2009 ganz anders als bei den Wahlen zuvor. Zum ersten Mal konnte die Sächsische Union nicht als alleinige Regierungspartei in den Wahlkampf ziehen. Unter der Ägide von *Kurt Biedenkopf* hatte die CDU mit 53,8 Prozent, 58,1 Prozent und 56,9 Prozent 1990, 1994 und 1999 sensationelle Ergebnisse errungen¹, 2004 auf dem Höhepunkt der öffentlichen Kritik an Hartz IV unter dem wenig charismatischen Ministerpräsident *Georg Milbradt* hingegen 15,8 Punkte verloren. Waren bis dahin drei Fraktionen im Parlament vertreten, wurden es nun sechs. Die rechtsextremistische NPD erreichte mit 9,2 Prozent fast so viele Stimmen wie die SPD (9,8 Prozent) und deutlich mehr als die Liberalen (5,9 Prozent) und die Grünen (5,1 Prozent).² Da ein kleines schwarz-gelbes Bündnis knapp an der Arithmetik scheiterte, kam – paradox genug – nur eine kaum größere schwarz-rote Koalition in Frage.

- 1 Vgl. *Ulrich Brümmer*, Parteiensystem und Wahlen in Sachsen, Wiesbaden 2006; *Christian Demuth* / *Jakob Lempp* (Hrsg.), Parteien in Sachsen, Dresden / Berlin 2006; *Anja Mays*, Bundespolitische Effekte oder regionale Besonderheiten? Zum Einfluss der Bundespolitik auf die sächsischen Landtagswahlen, in: *Kerstin Völkel* / *Kai-Uwe Schnapp* / *Everhard Holtmann* / *Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 361 – 380; *Gero Neugebauer*, Das Parteiensystem Sachsens, in: *Uwe Jun* / *Melanie Haas* / *Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 387 – 408.
- 2 Vgl. *Eckhard Jesse*, Die sächsische Landtagswahl vom 19. September 2004: Debakel für CDU und SPD gleichermaßen, in: *ZParl*, 36. Jg. (2005), H. 1, S. 80 – 100.

Eine wichtige Parallele gab es zu den Ereignissen vor der letzten Wahl: Wie Ministerpräsident *Kurt Biedenkopf* in der dritten Legislaturperiode vorzeitig demissionierte, musste *Georg Milbradt* sein Amt im April 2008 verlassen, nicht zuletzt wegen des katastrophalen Geschäftsgebarens der Sächsischen Landesbank und mangelnder Autorität des Ministerpräsidenten in den eigenen Reihen. Der Übergang verlief reibungsloser als der zwischen *Biedenkopf* und *Milbradt*. Dieser hatte das Heft in der Hand behalten und Finanzminister *Stanislaw Tillich* als Nachfolger vorgeschlagen. Am 28. Mai 2008 avancierte dieser mit 66 von 124 Stimmen zum neuen Ministerpräsidenten. *Tillich*, 1987 der CDU beigetreten, 1989 Stellvertretender Vorsitzender des Rates des Kreises Kamenz, sah sich bald mit Vorwürfen wegen seiner Vergangenheit konfrontiert.³

Der Einzug der NPD in den Landtag 2004 rief bei der Konkurrenz nicht nur Besorgnis und Entsetzen hervor, sondern auch Verwirrung und Hektik. Am 12. Januar 2005 erklärten die fünf Fraktionsvorsitzenden der anderen Parteien, es sei nötig, die Wähler der NPD „für die demokratische Wertegemeinschaft zurückzugewinnen. Zur Erreichung dieses Zieles ist eine sachorientierte und erfolgreiche Regierungsarbeit ebenso wichtig wie das kritische und zugleich konstruktive Wirken der demokratischen Opposition.“⁴ Die NPD-Fraktion sorgte, vor allem anfangs, bundesweit für Schlagzeilen, so am 21. Januar 2005, als ihr Vorsitzender *Holger Apfel* in der von der NPD beantragten Aktuellen Stunde („Verhalten der Sächsischen Staatsregierung und des Landtages zu Erinnerungs- und Gedenkveranstaltungen zum 60. Jahrestag der anglo-amerikanischen Terrorangriffe auf die sächsische Landeshauptstadt Dresden“) von „anglo-amerikanischer Gangsterpolitik“ sprach und ein anderer NPD-Abgeordneter – *Jürgen Gansel* – mit Blick auf die Zerstörung Dresdens vom „Bomben-Holocaust“. Die sächsische NPD-Fraktion wies trotz interner Konflikte (zum Beispiel zwischen „Tauben“ und „Falken“, zwischen Ost- und Westdeutschen) einen großen Zusammenhalt auf als manche andere Landtagsfraktion rechtsextremistischer Parteien.⁵ Allerdings blieben Zerfallserscheinungen nicht aus. Nach Austritten und Ausschlüssen bestand die Fraktion von Ende 2006 an nur noch aus acht Abgeordneten. Die größte Schwächung hatte die NPD im August durch den Unfalltod ihres Parlamentarischen Geschäftsführers *Uwe Leichsenring* erfahren.

Die Kooperation der beiden Koalitionspartner hatte, von aufflammenden Sticheleien abgesehen, durchaus funktioniert⁶, nicht zuletzt wegen der bei aller Rivalität guten Zusammenarbeit des SPD-Parteichefs (sowie Ministers für Wirtschaft und Arbeit) *Thomas Jurk* mit den jeweiligen Ministerpräsidenten. Die Union bevorzugte einen getrennten Termin für die Landtags- und die Bundestagswahlen, weil bei einer Doppelwahl bundespolitische Themen sächsische überlagern würden; die SPD hingegen favorisierte einen gemeinsamen Wahltermin, um, so die Behauptung, Kosten zu sparen. Die jeweils vorgeschobenen Argu-

3 Vgl. die scharfe Kritik bei *Uwe Müller / Grit Hartmann*, Vorwärts und vergessen! Kader, Spitzel und Komplizen: Das gefährliche Erbe der SED-Diktatur, Berlin 2009, S. 116 – 123.

4 *Fritz Hähle / Cornelius Weiß / Peter Porsch / Holger Zastrow / Antje Hermenau*, Pressemitteilung vom 12. Januar 2005.

5 Vgl. etwa das schnelle Auseinanderbrechen der DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt (1998 bis 2002). Siehe *Everhard Holtmann*, Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen 2004.

6 Vgl. *Ulrich Brümmer*, Schwarz-rote Vernunft-Ehe in Sachsen. Fragile Beziehungen im Parteiensystem des Freistaates, in: Deutschland Archiv, 40. Jg. (2007), H. 2, S. 222 – 230.

mente waren leicht durchschaubar. In der Vergangenheit fielen die Ergebnisse der Union im Land deutlich besser aus als im Bund (unter anderem wegen ihrer guten Verwurzelung), die der SPD im Bund besser als im Land. Die CDU setzte sich schließlich mit dem 30. August als Wahltermin durch.

2. Der Wahlkampf

Wie früher⁷ bestimmten mehr landes- als bundespolitische Faktoren den inhaltsarmen, nahezu „kuscheligen“ Wahlkampf. Union und SPD waren nicht nur im Land, sondern auch im Bund Koalitionspartner. Alle Parteien hoben mit unterschiedlicher Gewichtung auf „ihr“ Sachsen ab.⁸ Insgesamt sahen die Bürger die Politik im Bund für weniger wichtig an als die Politik in Sachsen (55 zu 38 Prozent zugunsten der Landespolitik).⁹

Sachsen ist das ostdeutsche Bundesland mit der wohl besten – gleichwohl keiner guten – Verankerung¹⁰ der CDU, die hier als „Sächsische Union“ firmiert und „durch den erfolgreichen Einsatz der Regierungsmacht Netzwerke aufgebaut“¹¹ hat. Ihr Regierungsprogramm „Vertrag für Sachsen. Wissen, wo’s lang geht“ stellt in der Tradition früherer Wahlkämpfe ganz und gar auf „sächsische Identität“ und die Regierungsrolle ab. Im Vorspann, betitelt mit „Starkes Sachsen – unsere Heimat“, hieß es exemplarisch: „Sachsen ist ein starkes Land. Sachsen steht an der Spitze der neuen Länder. Die Menschen zwischen Görlitz und Plauen, Torgau und Annaberg haben seit 1990 die Chancen genutzt und entschlossen unseren Freistaat zu einer erfolgreichen und lebenswerten Region in der Mitte Europas aufgebaut.“¹² Die Union schnitt ihren Wahlkampf unter dem Hauptmotto „Der Sachse“ nahezu vollständig auf *Stanislaw Tillich* zu, den ersten gebürtigen Sachsen nach den „Importen“ *Biedenkopf* und *Milbradt*. Der smarte Sorbe, der nach der Abgeordnetentätigkeit im Europäischen Parlament 1999 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten geworden war, sorgte in der Restzeit der Wahlperiode für Ruhe.¹³ Was *Milbradt* fehlte, besitzt *Tillich*: die Gabe, auf Menschen zuzugehen und Optimismus auszustrahlen. Nach Bekanntwerden seiner Aktivitäten in der Ost-CDU reagierte er jedoch wenig souverän. Im Wahlkampf verpufften die Attacken, etwa von dem aus dem Westen stammenden SPD-Abgeordneten *Karl Nolle*¹⁴, der einen gewissen Anteil am Abgang der beiden Vorgänger gehabt hatte. *Tillichs* Verhalten in der DDR war ebenso kein Ruhmesblatt wie die anfängliche Vertuschung dieser Vergangenheit im Vorfeld des Wahlkampfes. Gleichwohl konnten sich viele Bürger aus eigener Erfahrung mehr mit ihm als mit den Kritikern identifizieren.

7 Für die Landtagswahlen der Jahre 1990 bis 2004 vgl. die detaillierte Studie von *Thomas Schubert*, Konvergenz oder Divergenz im sächsischen Landtagswahlkampf, Wiesbaden 2010 (im Erscheinen). Siehe auch *Anja Mays*, a.a.O. (Fn. 1), S. 361 – 380.

8 Vgl. *Marcus Krämer*, Wer ist der Sächsischste?, in: *Die Zeit* vom 27. August 2009, S. 5.

9 Vgl. Infratest dimap, Wahlanalyse. Landtagswahl Sachsen, Berlin 2009, S. 20.

10 Vgl. *Peter Schilder*, Durch enge Täler sollst du laufen, in: *FAZ* vom 14. August 2009, S. 4.

11 So *Gero Neugebauer*, a.a.O. (Fn. 1), S. 391.

12 CDU – Die Sächsische Union, Vertrag für Sachsen. Wissen, wo’s lang geht. Regierungsprogramm 2009-2014 der Sächsischen Union, S. 1.

13 Vgl. *Hubert Kemper*, Blitzschlag-Gefahr auf dem Sonnendeck, in: *Freie Presse* vom 23. Juli 2009, S. 5.

14 Vgl. *Karl Nolle*, Sonate für Blockflöten und Schalmeyen. Zum Umgang mit der Kollaboration heutiger CDU-Funktionäre im SED-Regime, Dresden 2009.

Tillich ließ zwar sein Votum für eine „bürgerliche“ Koalition mit der FDP durchblicken, schloss aber ein Bündnis mit der SPD oder den Grünen nicht ausdrücklich aus.

In allen vier Punkten ihres Regierungsprogramms tauchte bei der SPD der Landesname auf: „Gute Arbeit für Sachsen: Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss“ – „Die beste Bildung für Sachsen: damit jeder seine Chance bekommt“ – „Demokratisches Sachsen: Freiheit und Solidarität leben“ – „Wir bewegen Sachsen.“ Die Sozialdemokraten, die im Gegensatz zu früheren Wahlen einig und geschlossen den Wahlkampf bestritten, schlossen zwar keine Koalitionsvariante aus, präferierten aber die Fortsetzung des Bündnisses. Eine ihrer Kernaussagen lautete: „Wichtigstes Ziel unserer Politik ist die Schaffung zukunftsfähiger Arbeit in Sachsen, von der die Menschen leben können.“¹⁵ Da die Partei die Ämter des Wirtschafts- und Wissenschaftsministers stellte, hob sie besonders auf Erfolge in diesem Bereich ab (Rückgang der Arbeitslosenquote; Anstieg der Zahl der Studenten). Der bodenständige *Jurk*, der nicht hinter der Kampagne *Nolles* gegen *Tillich* stand, wirkte wenig charismatisch. Er firmierte im Wahlkampf als „der Garant“.

Die Linke als stärkste Oppositionskraft hingegen betonte eher die verpassten Chancen des Landes. „Sachsen ist es in den letzten 20 Jahren nicht gelungen, sich unabhängig von Zuwendungen anderer zu machen.“¹⁶ Allerdings zollte sie gleichwohl den Landsleuten ihren Tribut. An ihnen liege es, „dass Sachsen auch Erfolge zu verzeichnen hat. Ihrem Fleiß, ihren Initiativen, ihrer Bereitschaft zur Veränderung ist es zu verdanken, dass Sachsen lange Zeit als erfolgreichstes neues Bundesland galt.“¹⁷ Im Wahlprogramm stellte die Linke besonders die Bereiche Wirtschafts- und Sozialpolitik heraus, plädierte mit der Abschaffung der Hartz IV-Gesetzgebung für einen Richtungs- sowie Politikwechsel (dabei gleichwohl ihren Willen zum Regieren betonend) und versuchte sich abermals als „Partei der sozialen Gerechtigkeit“¹⁸ zu profilieren.

Die Liberalen und die Grünen wollten von ihrer doppelten Oppositionsrolle profitieren.¹⁹ *Holger Zastrow*, der Fraktionsvorsitzende der FDP, und *Antje Hermenau*, die Fraktionsvorsitzende der Grünen, machten immer wieder inner- und außerhalb des Parlaments von sich reden. Die FDP stellte Initiativen im Bereich der Wirtschafts- wie der Bildungspolitik heraus und strebte eine Koalition mit der CDU an. Sachsen deklarierte sie zum „Land des Aufbruchs und der Chancen“²⁰. Wie die CDU ging die FDP auf Äquidistanz gegenüber jeder Form des Extremismus. „Wer glaubt, den Rechtsextremismus mit Hilfe von Linksextremisten bekämpfen zu können, trifft auf unseren Widerstand – wir stehen gegen jede Unfreiheit, egal aus welcher Richtung sie droht.“²¹ Die Grünen, die wegen Uneinigkeit keine Koalitionspräferenzen präsentierten, rückten die Ökologie an die erste Stelle ihrer politischen Agenda, plädierten für Klimaschutz und eine Energiewende. Von den

15 SPD Sachsen (Hrsg.), Regierungsprogramm 2009-2014. Gerech – Innovativ – Solidarisch, Dresden 2009, S. 7.

16 Die Linke, Sachsen (Hrsg.), Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen. Das Landtagswahlprogramm 2009, Dresden 2009, S. 3.

17 Ebenda, S. 4.

18 Ebenda, S. 45.

19 Vgl. *Peter Schilder*, Viel möglich für die kleinen Parteien, in: FAZ vom 22. August 2009, S. 2.

20 Für ein starkes und freiheitliches Sachsen. Landtagswahlprogramm der FDP Sachsen 2009, Dresden 2008, S. 4.

21 Ebenda, S. 42.

größeren Parteien unterließen sie als einzige Landtagspartei im Titel ihres 177-seitigen Wahlprogramms den als wirksam geltenden Hinweis auf Sachsen.²²

Das eigentlich Spannende im Vorfeld der Wahl war die Frage, ob die NPD in das Parlament zurückkehren würde. Die Partei, die in Teilen ihres „Stammlandes“ eine gewisse soziale Verankerung genießt, hatte einen intensiven Wahlkampf geführt²³ und im Landtagswahlprogramm „Arbeit – Familie – Heimat“ rabiante Töne weit hintangestellt und sachsenspezifische Probleme benannt. Gleichwohl: Die etablierten Parteien firmierten als „Blockparteien“, als „Systemparteien“ und als „die so genannten ‚demokratischen‘ Fraktionen im Dresdner Landtag“²⁴. Die NPD als „antiimperialistische und befreiungsnationalistische Partei“ sei „der organisierte Blockadebrecher der volksfeindlichen und antideutschen Politik aller etablierten Parteien“²⁵. Sie prangerte den „Sozialabbau“ an, geißelte die Verantwortlichen der Finanzkrise, forderte die „Nationalisierung“ der mit staatlicher Hilfe geretteten Banken ebenso wie den Wegfall von „Hartz IV“. Die etablierten Parteien seien dabei, „den Nationalstaat abzuwickeln. Deutschland wird vorsätzlich in eine unselbständige Provinz der Brüsseler Bürokratie und gleichsam systematisch in einen multikulturellen Vielvölkerstaat umgewandelt“²⁶. Die NPD, die lediglich eine Großveranstaltung abgehalten hatte, setzte auf den weniger radikalen „sächsischen Weg“ – im Vergleich zu dem „deutschen Weg“ des Bundesparteivorsitzenden *Udo Voigt*. *Holger Apfel* hatte deshalb 2009 das Amt des Stellvertreters aufgegeben.

3. Das Wahlergebnis

3.1. Abschneiden der Parteien

Große Überraschungen sind bei der fünften sächsischen Landtagswahl nach der friedlichen Revolution vor 20 Jahren ausgeblieben (vgl. Tabelle 1). Es gab wieder ein Sechs-Fraktionen-Parlament. Die CDU profitiert noch immer (oder schon wieder) vom Image der „Sachsenpartei“ wie unter *Kurt Biedenkopf*. Ihr traut die Bevölkerung überproportional häufig zu, die sächsische Identität zu repräsentieren – nicht zuletzt dank der Popularität *Stanislaw Tillich*s. Ebenso hat die Sächsische Union die höchsten Werte von allen Parteien bei der Problemlösungsfähigkeit – etwa bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit oder dem Erhalt der inneren Sicherheit. Allerdings sind die Zeiten *Biedenkopfs* mit Ergebnissen jenseits der 50-Prozent-Marke wohl vorbei. So verlor die CDU gegenüber der letzten Wahl noch einmal 0,9 Punkte, blieb jedoch knapp über 40 Prozent.

Die Linke verfehlte ihr Wahlziel („25 Prozent + x“) klar. Erstmals nach der deutschen Einheit sank ihre Zustimmungssquote im Land – immerhin um drei Punkte auf 20,6 Prozent. Das war zugleich das erste Mal, dass die Partei in der Opposition ihren Anteil nicht

22 Vgl. Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.), Programm zur Landtagswahl 2009. Wenn Du was ändern willst, Dresden 2009.

23 Vgl. für Einzelheiten Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Sächsisches Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen, Dresden 2009, S. 155 – 161.

24 Landtagswahlprogramm der NPD für Sachsen. Arbeit-Familie-Heimat, 2009, S. 4, S. 5, S. 20.

25 Ebenda, S. 14, S. 4.

26 Ebenda, S. 12.

<i>Tabelle 1: Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 30. August 2009</i>				
	Direktstimmen		Listenstimmen	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Wahlberechtigte	3.510.336	100,0	3.510.336	100,0
Wähler	1.830.819	52,2	1.830.819	52,2
Ungültige Stimmen	44.149	2,4	33.470	1,8
Gültige Stimmen	1.786.670	97,6	1.797.349	98,2
CDU	696.539	39,0	722.983	40,2
Die Linke	398.899	22,3	370.359	20,6
SPD	206.646	11,6	187.261	10,4
NPD	100.105	5,6	100.834	5,6
FDP	218.926	12,3	178.867	10,0
Grüne	137.623	7,7	114.963	6,4
Die Tierschutzpartei	–	–	36.932	2,1
Freie Sachsen	8.202	0,5	24.287	1,4
PBC	1.672	0,1	7.571	0,4
Piraten	–	–	34.651	1,9

Anmerkung: Außerdem kandidierten: BüSo, DSU, REP, SVP (jeweils 0,2 Prozent) und FP Deutschlands, Humanwirtschaft (jeweils 0,1 Prozent).
Quelle: Zusammenstellung nach der amtlichen Wahlstatistik.

steigern konnte.²⁷ Sie vermochte vom doppelten Oppositionsbonus (im Land wie im Bund) selbst in einer Zeit schwierigster finanz- und wirtschaftspolitischer Fährnisse nicht zu profitieren. Eine realistische Koalitionsoption gab es für sie ohnehin nicht. Die Behauptung ausgerechnet aus dem Mund ihres wenig populären „Ministerpräsidentenkandidaten“ *André Hahn*, *Stanislaw Tillich* sei ein Nomenklatur-Kader gewesen, wirkte nicht glaubwürdig.

Die in Sachsen notorisch schwache SPD blieb ebenfalls deutlich hinter ihrem Wahlziel („15 Prozent + x“) zurück und schnitt trotz ihrer (bescheidenen) Gewinne mit 10,4 Prozent erneut so schlecht ab wie in keinem anderen Bundesland. Zum dritten Mal hintereinander pendelte ihr Ergebnis um die Zehn-Prozent-Marke. Dabei arbeitete sie konstruktiv mit der CDU zusammen, obwohl für diese kein anderer Juniorpartner zur Verfügung stand. Die Christdemokraten, selbst- und machtbewusst, dankten ihr das nicht immer. Allerdings wollte die SPD unbedingt in der Regierungsverantwortung bleiben. Wahrscheinlich hätte sie bei einem zeitgleichen Wahlgang mit dem Bund sowie einer klaren Aussage für eine Fortsetzung des Bündnisses mit der CDU ein etwas besseres Resultat erzielt. Die Gretchenfrage für sie lautet künftig: Gelingt ihr eine eigenständige, abgrenzende Position gegenüber der Linken, um so Stimmen von der CDU zu gewinnen?

Die Liberalen, vor zehn Jahren in Sachsen gerade einmal bei 1,1 Prozent der Stimmen gelandet, erreichten 2009 mit 10,0 Prozent einen fulminanten Erfolg – und das in einem ostdeutschen Bundesland, wo sie bisher nur in Sachsen-Anhalt auf ein zweistelliges Ergebnis gekommen waren (1990 und 2002). Dies verdankt die Partei nicht nur der außergewöhnlich guten bundespolitischen Lage, sondern auch ihrem Spitzenkandidaten *Holger*

27 Allerdings hatte die PDS 1998 in Sachsen-Anhalt 0,3 Punkte eingebüßt (als Tolerierungspartner der rot-grünen Minderheitsregierung).

Tabelle 2: Landtagswahlergebnisse (Zweitstimmen in Prozent) und Mandatsverteilung in Sachsen seit 1990*

	1990	Sitze	1994	Sitze	1999	Sitze	2004	Sitze	2009	Sitze
Wahlbeteiligung	72,8		58,4		61,1		59,6		52,2	
CDU	53,8	92	58,1	77	56,9	76	41,1	55	40,2	58
SPD	19,1	32	16,6	22	10,7	14	9,8	13	10,4	14
PDS/Die Linke**	10,2	17	16,5	21	22,2	30	23,6	31	20,6	29
Bündnis 90/ Die Grünen***	5,6	10	4,1	–	2,6	–	5,1	6	6,4	9
FDP	5,3	9	1,7	–	1,1	–	5,9	7	10,0	14
NPD	0,7	–	–	–	1,4	–	9,2	12	5,6	8
Sonstige	5,3	–	1,6	–	5,1	–	5,3	–	6,8	–

* Aufgenommen sind nur solche Parteien, die mindestens bei einer Landtagswahl in das Parlament einziehen konnten.
 ** Die Partei heißt seit 2007 „Die Linke“.
 *** Der Name der Gruppierung lautete 1990 bei der Kandidatur: Neues Forum – Bündnis-Grüne.
 Quelle: Zusammenstellung nach der amtlichen Wahlstatistik.

Zastrow, der 1999 den Vorsitz übernommen, mächtig die Werbetrommel gerührt und keineswegs bloß die herkömmliche liberale Stammklientel angesprochen hatte.²⁸

Für die Grünen ist Sachsen, dessen Bürger angesichts ökonomischer Herausforderungen weniger postmaterialistisch eingestellt sind, ein ausgesprochen schwieriges Terrain. Sie ziehen gleichwohl mit 6,4 Prozent gestärkt in den Landtag ein, wie bei der ersten und der letzten Landtagswahl. Ohne ihre Spitzenkandidatin, die versierte Finanzpolitikerin und von der Konkurrenz gefürchtete Rednerin *Antje Hermenau*, wäre die „Großstadtpartei“ vermutlich weder 2004 noch 2009 ins Parlament gelangt.

Im Jahre 2004 hatte der jähe Erfolg der NPD bundesweit Entsetzen und Verunsicherung²⁹ hervorgerufen. Die isolierte Partei vermochte ihr Ziel („10 Prozent +x“) zwar nicht zu erreichen, wohl aber zum ersten Mal in ihrer Geschichte in einen Landtag zurückzukehren, wenngleich mit Verlusten von 40 Prozent und damit auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Je nach Perspektive ist dies ein Erfolg oder ein Misserfolg. Eine Konsequenz des erneuten Einzugs der NPD in das Parlament könnte der Erhalt staatlicher Gelder für ihr „Bildungswerk für Heimat und Nationalstaat“ sein.³⁰

Die regionale Stimmenverteilung³¹ fördert das bekannte Bild zutage: Die CDU schnitt in den drei großen Städten Sachsens nicht besonders gut ab (am besten in Dresden mit 37,3 Prozent, am schlechtesten in Leipzig mit 30,5 Prozent) und verlor hier überproportional viele Stimmen. Das Gegenteil sind die Grünen. Ohne Chemnitz, Dresden und Leip-

28 Vgl. *Thorsten Jungholt*, Liberalismus auf Sächsisch, in: Die Welt vom 29. August 2009, S. 3; *Jana Hensel*, Wo ich bin, ist Volkspartei, in: Die Zeit vom 21. Januar 2010, S. 11.

29 Diesmal zeigte sich – vor allem – das Fernsehen im Umgang mit der NPD souveräner. Vgl. *Anita Kecke*, Statements und keine Diskussion – vom schwierigen Umgang bei MDR, ARD und ZDF mit den NPD-Vertretern, in: Leipziger Volkszeitung vom 31. August 2009, S. 2.

30 Vgl. *Daniel Schulz / Andreas Speit*, NPD erschließt neue Einnahmequelle, in: taz vom 1. September 2009, S. 5.

31 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Sachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 30. August 2009, Mannheim 2009, S. 60 f.

zig wäre die Partei mit 4,3 Prozent an der Fünfprozenthürde gescheitert. Sie erhielt in Dresden 13,0 Prozent, in Leipzig 12,3 Prozent, gewann beide Male überdurchschnittlich stark. Die NPD kam in den drei Städten nur auf 3,6 bis 4,1 Prozent. Mit zunehmender Bevölkerungsdichte schneiden die Grünen, die SPD und die Linke immer besser ab. Bei der CDU, der FDP und der NPD ist dies umgekehrt.

Wer die Direkt- und die Listenstimmen – so die Terminologie in Sachsen für Erst- und Zweitstimmen – miteinander vergleicht, erkennt die auffallend guten Ergebnisse der kleineren Parteien bei der Direktstimme. Dabei hatten die Kandidaten der SPD (+1,2 Punkte), der FDP (+2,3 Punkte)³² und der Grünen (+1,3 Punkte) offenkundig keine Chance auf den Gewinn eines Direktmandats. Ihr hoher Erststimmenanteil hängt wesentlich mit dem Verzicht der Piraten- und der Tierschutzpartei zusammen, Bewerber in den Wahlkreisen zu präsentieren, ebenso mit lokaler Prominenz bei der FDP. Selbst die NPD erreichte mit den Erststimmen ihr Zweitstimmenergebnis. Die CDU schnitt diesmal, anders als sonst, überraschenderweise bei den Direktstimmen schlechter ab als bei den Listenstimmen – im Gegensatz zur Linken (+1,7 Punkte) –, offenkundig wesentlich deshalb, weil manche Wähler wegen des Ministerpräsidenten ihre Listenstimme der CDU gaben. Gleichwohl gewann sie 58 der 60 Direktmandate, zwei fielen an die Linke. 2004 hatte die PDS vier Mandate erlangt, die SPD eines.

Kaum bemerkt wurde das Ergebnis der „übrigen“ Parteien mit 6,8 Prozent der Stimmen. Die Tierschutzpartei und die Piratenpartei erhielten 2,1 und 1,9 Prozent, die neugegründeten „Freien Sachsen“ 1,4 Prozent. Diese Achtungserfolge signalisieren in Verbindung mit der bislang niedrigsten Wahlbeteiligung von 52,2 Prozent (Rückgang von 7,4 Punkten gegenüber 2004) Politik- und Parteienverdrossenheit, zugleich auch die mangelnde Mobilisierungsfähigkeit des Regierungs- wie des Oppositionslagers angesichts der fehlenden Wechselstimmung. So hat die SPD nur 5,3 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung für sich gewinnen können.

Im Landtag sind nun 132 Abgeordnete vertreten (aufgrund der sechs Überhangmandate für die CDU und der sechs Ausgleichsmandate für die anderen Parteien, zwei davon für die Linke), und es gibt im Gegensatz zur letzten Wahlperiode eine verfassungsändernde Mehrheit für die demokratischen Parteien (vgl. Tabelle 2). Die Arithmetik hätte nicht nur eine Koalition der CDU mit der FDP ermöglicht, sondern auch eine mit der SPD oder den Grünen. Die CDU ließ jedoch von Anfang an keinen Zweifel an ihrer Koalitionspräferenz erkennen.

Das sächsische Parteiensystem stellt in mannigfacher Hinsicht einen „Sonderfall“³³ dar – trotz des Einbruchs der CDU bei den Landtagswahlen 2004. Die strukturelle Asymmetrie zwischen schwarz-gelb und rot-grün fällt hoch aus. Die Volatilität ist nicht weiter vorangeschritten, die Fragmentierung dagegen schon. Die Segmentierung gegenüber der Linken ist in Sachsen ungeachtet gewisser Auflockerungstendenzen im Gegensatz zu den meisten anderen ostdeutschen Ländern ausgeprägter. Trotz des Sechs-Fraktionen-Parlaments reicht es wegen der hegemonialen Stellung der CDU und der kapitalen Schwäche der SPD für eine schwarz-gelbe Koalition. Die Wahl fand gut zwei Monate nach den Wahlen zum Europäischen Parlament statt und einen Monat vor den Bundestagswahlen. Deckten sich die

32 Damit lag die FDP (12,3 Prozent) sogar vor der SPD (11,6 Prozent).

33 So *Thomas Schubert*, Wahlen und politische Kultur in Sachsen seit 1990, in: *Christian Demuth / Jakob Lempp* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1), S. 66.

Ergebnisse mit denen der EP-Wahl weithin, so waren die Unterschiede zur Bundestagswahl 2009 beträchtlich. CDU (mit 35,6 Prozent schnitt sie in Sachsen so gut ab wie in keinem anderen Bundesland) und Linke gewannen gegenüber der Wahl 2005 hinzu (5,6 und 1,7 Punkte), während die SPD stark verlor (9,9 Punkte). Dennoch ist erneut das Bundestagswahlergebnis der CDU schlechter im Land, das der SPD etwas besser. Damit ist Sachsen das „Bayern des Ostens“ – zum einen wegen der Stärke der Union gegenüber der SPD, zum anderen wegen der schwächer gewordenen Union in den letzten Jahren.

3.2. Wahlentscheidende Themen, Wahlmotive und Wählerwanderungsbilanz

Die beiden wahlentscheidenden Themen betrafen die Wirtschaft (mit 37 Prozent) und die soziale Gerechtigkeit (mit 32 Prozent), gefolgt von der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik (24 beziehungsweise 18 Prozent), wobei das Thema Arbeitsmarkt gegenüber 2004 um elf Punkte fiel. Allerdings gibt es ausgeprägte Unterschiede. So dominierte für die Wählerschaft der Linken und der SPD die soziale Gerechtigkeit, für die der Grünen die Umwelt- und Klimapolitik, für die der NPD die Integrations- und Ausländerpolitik, während CDU- und FDP-Wähler die Wirtschaftsthematik in etwa jedem zweiten Fall nannten. Das Elektorat der FDP nominierte die Steuerpolitik an die zweite Stelle, während das der anderen Parteien sie nicht einmal auf den ersten acht Plätzen erwähnte. Im Vergleich zur letzten Wahl spielte die Arbeitsmarktpolitik („Hartz IV“) eine deutlich geringere Rolle.³⁴

„Parteikompetenz“ war für 52 Prozent der Wähler von erstrangiger Bedeutung, die Rolle des Spitzenkandidaten und die Parteibindung jeweils nur für jeden fünften. Gegenüber der letzten Wahl sind kaum Veränderungen zu beobachten. Bei der Partei, die über das Amt des Ministerpräsidenten verfügt, bindet der Spitzenkandidat in weitaus höherem Maße die eigene Wählerschaft. Für die Wähler der SPD war die Person von *Thomas Jurk* (er fungierte als stellvertretender Ministerpräsident) wichtiger als für die der Linken. Das zeigt die begrenzte Wirksamkeit *André Hahns* selbst in den eigenen Reihen. Die Parteiidentifikation als wahlentscheidender Faktor war überall schwach ausgeprägt, gegenüber der letzten Wahl sogar noch schwächer geworden.³⁵

Der amtierende Regierungschef war seinem Herausforderer in jeder Hinsicht überlegen.³⁶ Bei der Frage nach dem gewünschten Ministerpräsidenten votierten zwölf Prozent für *Hahn*, 50 Prozent für *Tillich*. Die Wähler nahmen diesen als weitaus tatkräftiger, bürgernäher, glaubwürdiger und sympathischer wahr. Er lag nicht nur bei der CDU-Wählerschaft, sondern auch bei der Konkurrenz auf der +5/-5-Skala im positiven Bereich, mit Ausnahme des NPD-Elektorats (insgesamt: +2,3). 68 Prozent der Wähler stellten ihm ein gutes, zehn Prozent ein schlechtes Zeugnis für seine Arbeit aus.³⁷

Wählerwanderungsbilanzen können zwar nicht genau sein, vermitteln aber ein aufschlussreiches Bild über den Wähleraustausch.³⁸ Aufgrund der stark gesunkenen Wahlbeteiligung haben alle Parteien mehr Wähler an das jetzige Nichtwählerlager abgegeben als aus

34 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 9), S. 18.

35 Vgl. ebenda, S. 18.

36 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 31), S. 23 – 26.

37 Allerdings hatte *Georg Milbradt* 2004 bessere Werte als *Tillich*, und trotzdem brach die CDU damals so ein.

38 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 9), S. 6 – 12.

dem früheren Nichtwählerreservoir gewonnen. Vom Generationenaustausch profitierten die drei „jungen“ Parteien FDP, Grüne und NPD – im Gegensatz zu den drei „alten“ (CDU, Die Linke, SPD). Die CDU hat im Saldo deutlich an die Liberalen Stimmen eingebüßt, von der NPD hingegen welche gewonnen, die Linke an die SPD verloren und nur beim Wähler austausch mit der NPD nicht den Kürzeren gezogen. Die SPD erhielt Wähler von der Linken und der NPD; an CDU, FDP und Grüne gab sie ab. Die Liberalen gewannen vor allem aus dem Lager der CDU und der NPD, die Grünen aus dem der Linken und der SPD. Die Verluste der NPD sind etwa im gleichen Maße auf Nichtwähler zurückzuführen wie auf Abwanderer zu anderen Parteien. Dabei gingen mehr Wähler zur FDP als zur CDU. Dass die NPD so massiv Stimmen an die FDP verloren hat, ist ein ostdeutsches, vor allem ein sächsisches Phänomen, nicht zuletzt wohl deshalb, weil die Liberalen populistische Anklänge erkennen ließen; hingegen ist der in Sachsen fehlende Wählerstrom zwischen der NPD und den Grünen ebenso für den Westen kennzeichnend. Insgesamt belegt die Wählerwanderungsbilanz vor allem den Austausch innerhalb der politischen Lager. Die größere Beweglichkeit Ostdeutscher führt damit nicht zu Beliebigkeit im Wahlverhalten.

3.3. Geschlecht und Alter

Die repräsentative Wahlstatistik vermittelt ein exaktes Bild von der Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht.³⁹ Gewiss sind diese Kategorien keine gravierenden Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens, doch lassen sie augenfällige Unterschiede in der Wählerschaft bei den Parteien erkennen. Wie Tabelle 3 zeigt, sind einige Verschiebungen gegenüber der letzten Wahl beträchtlich. So büßte die CDU bei den 25- bis 34-jährigen Männern 7,6 Punkte ein (wohl wegen der in dieser Gruppe besonders starken FDP); hingegen steigerte sie sich um 2,6 Punkte bei den 35- bis 44-jährigen Frauen (vermutlich ein *Tillich*-Effekt). Die SPD legte bei den 18- bis 24-jährigen Männern um 1,7 Punkte hinzu und verlor bei den über 60-jährigen Frauen 0,9 Punkte. Die Grünen erhöhten bei den 25- bis 34-jährigen Frauen ihren Anteil um 3,0 Punkte, gaben aber 1,4 Punkte bei den 18- bis 24-jährigen Männern ab (offenkundig wegen der Kandidatur der Piratenpartei). Besonders krass sind die Unterschiede bei den „Sonstigen“: Einem Plus von 12,4 Punkten bei den 18- bis 24-jährigen steht ein Minus von 0,7 Punkten bei den über 60-jährigen Frauen gegenüber. Das starke Votum junger Wähler für die „Piraten“ (und für die NPD) hat daran einen beträchtlichen Anteil. Die Linke und die NPD verloren in allen Alterskategorien bei Männern und Frauen, die Liberalen gewannen überall – allerdings unterschiedlich stark. So büßte die Linke bei den 35- bis 44-jährigen Frauen 7,9 Punkte ein, bei den über 60-jährigen Männern erhöhte sie dagegen ihren Anteil um 0,8 Punkte. Die Tendenz besteht prinzipiell nicht in einer Einebnung der Hochburgen, sondern im Gegenteil eher in einem Ausbau. Um bei diesem Beispiel zu bleiben: Nirgendwo schneidet die Linke so gut ab wie bei den über 60-jährigen Männern – und zwar mit weitem Abstand.

39 Die Wahltagsbefragungen sind höchst ungenau, setzen sich aber schnell in der öffentlichen Meinung fest. 19,0 Prozent der 18- bis 24-jährigen Männer hätten die NPD gewählt. So Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 9), S. 13. Tatsächlich waren es 13,5 Prozent. Siehe Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.), Wahlen – Sächsischer Landtag. Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik, Kamenz 2009.

Tabelle 3: Stimmabgabe (Listenstimmen) bei der Wahl zum Sächsischen Landtag am 30. August 2009 nach Alter und Geschlecht der Wähler in Prozent (Veränderungen in Prozentpunkten gegenüber der Wahl 2004 in Klammern)*

Alterskohorte in Jahren	CDU	Die Linke	SPD	NPD	FDP	Grüne	Sonstige
18 – 24	29,7 (-2,6)	11,2 (-6,2)	10,0 (+1,3)	10,4 (-5,6)	13,1 (+3,6)	8,4 (-0,5)	17,3 (+10,0)
25 – 34	34,8 (-4,9)	11,3 (-2,2)	8,7 (+1,1)	7,5 (-6,4)	15,3 (+6,9)	11,3 (+2,0)	11,1 (+5,5)
35 – 44	39,4 (0,0)	15,0 (-6,0)	7,9 (+0,7)	6,8 (-4,9)	13,4 (+6,3)	9,6 (+2,1)	7,9 (+1,7)
45 – 59	39,2 (-0,8)	21,9 (-4,5)	8,6 (+0,7)	6,3 (-3,5)	10,9 (+5,0)	6,4 (+2,3)	6,8 (+1,0)
60 und mehr	44,9 (+0,4)	26,3 (-0,6)	13,4 (+0,2)	3,2 (-1,1)	5,7 (+2,1)	3,3 (+0,9)	3,1 (-0,7)
Insgesamt	40,2 (-0,9)	20,6 (-3,0)	10,4 (+0,6)	5,6 (-3,6)	10,0 (+4,1)	6,4 (+1,3)	6,8 (+1,5)
Männer							
18 – 24	27,5 (-3,9)	10,9 (-6,5)	10,0 (+1,7)	13,5 (-6,5)	13,9 (+4,4)	6,4 (-1,4)	17,9 (+12,4)
25 – 34	31,8 (-7,6)	11,9 (-2,0)	8,6 (+1,5)	10,2 (-8,1)	15,5 (+7,1)	9,7 (+1,1)	12,3 (+8,0)
35 – 44	37,0 (-3,4)	15,3 (-4,1)	7,5 (+0,9)	9,4 (-6,2)	14,0 (+7,5)	9,0 (+2,1)	7,8 (+3,1)
45 – 59	37,4 (-1,7)	22,5 (-3,8)	8,2 (+0,9)	8,8 (-4,3)	11,0 (+5,4)	5,9 (+2,1)	6,1 (+1,3)
60 und mehr	39,5 (-2,8)	30,1 (-0,8)	13,9 (+0,5)	4,9 (-1,3)	5,9 (+2,5)	3,0 (+0,8)	2,6 (+0,7)
Insgesamt	36,7 (-3,0)	21,9 (-1,7)	10,3 (+1,1)	8,1 (-4,5)	10,4 (+4,7)	5,8 (+1,0)	6,8 (+2,5)
Frauen							
18 – 24	32,5 (-0,9)	11,6 (-5,7)	10,0 (+0,9)	6,6 (-5,5)	12,0 (+2,6)	10,9 (+0,7)	16,5 (+6,9)
25 – 34	38,1 (+1,9)	10,6 (-6,7)	8,9 (+0,7)	4,5 (-4,6)	15,1 (+6,7)	13,0 (+3,0)	9,8 (+2,7)
35 – 44	41,9 (+2,6)	14,8 (-7,9)	8,3 (+0,5)	4,0 (-3,7)	12,9 (+5,2)	10,3 (+2,2)	7,9 (+0,3)
45 – 59	40,9 (+0,1)	21,3 (-5,3)	9,0 (+0,5)	3,7 (-3,0)	10,8 (+2,6)	6,9 (+2,4)	7,5 (+0,7)
60 und mehr	49,6 (+1,8)	23,1 (-1,8)	12,9 (-0,9)	1,7 (-1,0)	5,5 (+1,7)	3,6 (+0,9)	3,6 (-0,7)
Insgesamt	43,7 (+1,3)	19,3 (-4,3)	10,5 (+0,1)	3,2 (-2,7)	9,5 (+3,5)	6,9 (+1,5)	6,8 (+0,6)

* Ohne Briefwähler.
Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.), Wahlen – Sächsischer Landtag. Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik, Kamenz 2009, S. 29 f.

Die CDU, die bei den Männern 3,0 Punkte verloren und bei den Frauen 1,3 Punkte gewonnen hat, ist in Sachsen klar eine „Frauenpartei“, ebenso Bündnis 90/Grüne; die Linke wie die FDP sind weniger klar eine „Männerpartei“. Bei der SPD springen so gut wie keine geschlechtsspezifischen Unterschiede ins Auge, während bei der NPD 8,1 Prozent der Männer für diese Partei votierten und nur 3,2 Prozent der Frauen. Radikale Parteien sind stets bei Männern überrepräsentiert.

Die Unterschiede nach dem Alter sind deutlich größer als die nach dem Geschlecht. Die Quote der CDU-Wähler nimmt mit dem Alter zu. Gleiches gilt für die Linke; sie hat bei den 18- bis 24-Jährigen 6,2 Punkte verloren, bei den über 60-Jährigen nur 0,6 Punkte. Bei der SPD dominiert klar die Gruppe der über 60-Jährigen (13,4 Prozent). Grüne und Liberale sind von der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft eher „junge Parteien“. Extrem ist der Unterschied bei der NPD: 10,4 Prozent der 18- bis 24-Jährigen votierten für diese Partei und lediglich 3,2 Prozent der über 60-Jährigen. Bei der „alten“ NPD in den sechziger Jahren war dies anders. Dieses Ergebnis wird sogar übertroffen von den Wählern der „übrigen Parteien“, zu denen etwa die „Piraten“ gehören: Immerhin 17,3 Prozent der 18- bis 24-Jährigen und bloß 3,1 Prozent der über 60-Jährigen gaben den „Sonstigen“ ihre Stimme. Der Befund wird allerdings durch folgenden Umstand in seiner politischen Bedeutung relativiert: Die Gruppe der 18- bis 24-jährigen Wähler beträgt sieben Prozent (bezogen auf das gesamte Elektorat), die der Alten (60 Jahre und älter) über 38 Prozent (jeweils ohne Briefwähler).

Das Stimmensplitting, das indirekt Auskünfte über die Nähe der Parteien untereinander zulässt, kann ebenfalls der repräsentativen Wahlstatistik entnommen werden. Von den Zweitstimmenwählern der Linken haben 87 Prozent und von denen der NPD 83 Prozent ihre Erststimme dem Bewerber der eigenen Partei gegeben.⁴⁰ Das spricht unter anderem für die hohe Isolation dieser Wähler. Es folgen CDU (82 Prozent), SPD (72 Prozent), Grüne (71 Prozent) und FDP (69 Prozent). Dass mehr als 80 Prozent der CDU-Zweitstimmenwähler ihrer Partei mit der Erststimme „treu“ geblieben sind, hängt wesentlich mit der großen Chance für CDU-Kandidaten auf den Gewinn des Direktmandats zusammen. Die SPD-Zweitstimmenwähler haben zu neun Prozent jeweils für die Kandidaten der CDU und der Linken votiert, zu sechs Prozent für die von Bündnis 90/Grüne und zu drei Prozent für die der FDP. Die SPD-Wählerschaft weist bei der Frage nach der zweitsympathischsten Partei keine klaren Präferenzen auf. Ähnliches gilt für die Grünen. Von ihren Zweitstimmenwählern sprachen sich mit der Erststimme elf Prozent für Bewerber der SPD aus, acht Prozent für die der Linken, sieben Prozent für die der CDU und drei Prozent für die der FDP. Auch bei der NPD fehlt eine eindeutige Tendenz. Sechs Prozent ihrer Splitting-Wähler gaben den CDU-Bewerbern ihre Stimme, jeweils vier denen der Linken und der FDP. Hingegen präferierten die FDP-Zweitstimmenwähler zu 21 Prozent Bewerber der CDU (mit einem Abstand von 18 Punkten vor Kandidaten anderer Parteien). Die CDU-Zweitstimmenwähler, die splitteten, votierten mit der Erststimme für die FDP, wenngleich nicht so stark wie umgekehrt (FDP: sieben Prozent; SPD und Linke jeweils drei Prozent).

40 Vgl. ebenda, S. 14 – 16.

3.4. Bildung, Beruf, Gewerkschafts- und Konfessionszugehörigkeit

Die Daten über Bildung, Beruf, Gewerkschafts- und Konfessionszugehörigkeit (vgl. Tabelle 4) zeigen bei im Kern unveränderter Tendenz einige Abweichungen gegenüber der letzten Wahl. Der insgesamt unterdurchschnittliche Bildungsgrad der CDU-Wählerschaft ist weiter gesunken, der ohnehin überdurchschnittliche des Elektorats der Grünen und der FDP gestiegen. Bei der SPD und der Linken ist kein klarer Trend erkennbar.

Die CDU hat bei den Rentnern gewonnen (ihrer stärksten Gruppe), hingegen bei den Beamten und den Selbständigen verloren, die Linke haben bei den Arbeitslosen (ihrer stärksten Gruppe) leicht zugelegt, ansonsten überall Stimmen eingebüßt (vor allem bei den Personen in Ausbildung). In dieser Gruppe ist das Votum für die SPD am stärksten gewachsen. Die Liberalen haben bei den Selbständigen hinzugewonnen, die Grünen bei den Angestellten und Beamten. Die Verluste der NPD sind besonders massiv in ihren Hochburgen – bei der Arbeiterschaft und bei den Arbeitslosen.

Bei der Gewerkschafts- und der Konfessionszugehörigkeit gibt es das bekannte Bild. Das CDU-Elektorat ist unter Gewerkschaftsmitgliedern ebenso unterrepräsentiert wie das der Freidemokraten, Grünen und Rechtsextremisten, im Gegensatz zu dem der Linken und der SPD. Hingegen weist nur die Wählerschaft der Union eine überproportional hohe Konfessionszugehörigkeit auf. Besonders stark ist das Ungleichgewicht bei der Linken. Lediglich jeder Zehnte der konfessionell gebundenen Bevölkerung hat diese Partei gewählt, aber mehr als jeder vierte Konfessionslose. Da deren Zahl über zwei Drittel der Wählerschaft beträgt, wirkt sich die starke Unterrepräsentation der Linken bei Konfessionszugehörigen auf ihr Gesamtergebnis nicht massiv negativ aus.

4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Die kurzen Gespräche *Tillichs* nach der Wahl mit der SPD und den Grünen entsprachen lediglich einem Gebot der Höflichkeit, liefen auf keinen „Koalitionspoker“ hinaus. Anders als in Thüringen und im Saarland konnten CDU und FDP das Ergebnis als Probelauf für die Wahlen im Bund ausgeben. Die Landesvorstände beider Parteien sprachen sich einstimmig für Koalitionsverhandlungen aus. Nach nur zwei Wochen gingen diese erfolgreich zu Ende. Streit gab es lediglich bei der Bildungspolitik. Die FDP wünschte im Gegensatz zur CDU gemeinsames Lernen bis zur sechsten Klasse. Der Kompromiss besteht in einer künftig größeren Durchlässigkeit beim Wechsel der Schulformen. Die auf Wunsch der SPD in der Wahlperiode zuvor eingerichteten Gemeinschaftsschulen laufen aus. Die Parteitage der CDU (am 19. September) und der FDP (am 21. September) segneten die Ergebnisse aus den Koalitionsverhandlungen schnell ab. Sachsen sollte als Hort der Stabilität erscheinen. Wie Baden-Württemberg (seit 1996), Niedersachsen (2003), Bayern (2008), Hessen (2009) und Schleswig-Holstein (2009)⁴¹ wird Sachsen nun von einer schwarz-gelben Koalition regiert.

41 Zum Zeitpunkt der Bildung der schwarz-gelben Koalition in Sachsen gab es in Schleswig-Holstein noch kein „bürgerliches“ Bündnis.

Tabelle 4: Wahlverhalten nach Bildung, Tätigkeit, Gewerkschaftsmitgliedschaft und Konfession in Prozent (Veränderungen in Prozentpunkten gegenüber der Wahl 2004 in Klammern)*

	CDU		Die Linke		SPD		FDP		Grüne		NPD	
	%	Diff.										
Bildung**												
hoch	36	(-3)	22	(-4)	12	(+0)	11	(+5)	11	(+2)	3	(-2)
mittel	40	(-0)	19	(-2)	9	(+3)	11	(+4)	5	(+1)	8	(-7)
niedrig	48	(+4)	22	(-2)	11	(-3)	6	(+2)	3	(+0)	6	(-1)
Tätigkeit												
Arbeiter	40	(-3)	18	(-0)	8	(+3)	12	(+6)	4	(-0)	10	(-7)
Angestellte	39	(-1)	18	(-5)	8	(-2)	13	(+5)	11	(+3)	4	(-3)
Beamte	42	(-10)	10	(-6)	12	(-0)	9	(+4)	9	(+3)	7	(+0)
Selbständige	44	(-11)	11	(-1)	5	(+0)	23	(+11)	7	(+2)	6	(-3)
Rentner	45	(+3)	25	(-3)	14	(-1)	5	(+2)	4	(+1)	3	(-1)
in Ausbildung	24	(-3)	11	(-11)	18	(+10)	12	(-1)	11	(+0)	7	(-3)
Arbeitslose	27	(-5)	32	(+5)	10	(+1)	5	(+1)	5	(-1)	12	(-4)
Gewerkschaft												
Mitglieder	32	(-1)	29	(-5)	17	(+5)	5	(+2)	5	(+1)	4	(-5)
nur Arbeiter	31	(-4)	26	(-1)	13	(+9)	9	(+5)	4	(-0)	6	(-15)
Nichtmitglieder	41	(-0)	19	(-3)	9	(-0)	11	(+5)	7	(+2)	6	(-4)
Konfession												
Evangelisch	54	(-5)	10	(-1)	11	(+1)	8	(+4)	6	(+1)	4	(-1)
Katholisch	59	(+1)	10	(-2)	6	(-2)	7	(+0)	6	(+2)	3	(-2)
keine / andere	32	(+2)	26	(-5)	11	(+1)	11	(+4)	7	(+1)	6	(-5)

* Überdurchschnittliche Stimmenanteile sind fett markiert.
 ** Hoch = Abitur / Hochschule/ Universität; mittel = Mittel- / Realschule; niedrig = kein Abschluss / Volks- / Hauptschule.
 Quelle: Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 9), S. 15.

Das Bestreben von CDU und FDP, die Regierungsbildung noch vor der Bundestagswahl zu vollziehen, gleichsam als „Signal“ (*Tillich*) und „Rückenwind“ (*Zastrow*) für Berlin, war nicht von Erfolg gekrönt. Die Alterspräsidentin des Landtages, *Edith Franke*, parteiloses Mitglied der Fraktion der Linken, machte trotz Protests der CDU und der FDP von ihrem Recht Gebrauch, die konstituierende Sitzung musste der Landtag spätestens am dreißigsten Tag nach der Wahl zusammentreten, eben an jenem 29. September.

Stanislaw Tillich wurde schließlich mit 69 von 132 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Aus den Reihen der Koalitionsfraktionen fehlten ihm dabei mindestens zwei Stimmen. Eine FDP-Abgeordnete war wegen Krankheit abwesend. *Martin Dulig* (SPD) kam auf 15 Stimmen (seine Fraktion verfügt über 14 Mandate), *Johannes Müller* auf acht, entsprechend der Stärke der NPD-Fraktion. Erwartungsgemäß erhielt die FDP das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (*Sven Morlock*, zugleich stellvertretender

42 Vgl. *Albert Funk*, Alterspräsidentin vereitelt *Tillichs* Wahl vor der Wahl, in: Tagesspiegel vom 23. September 2009.

Ministerpräsident) sowie das Justiz- und Europa-Ressort (*Jürgen Martens*). Beide stammen aus den alten Bundesländern. Der FDP-Vorsitzende *Holger Zastrow* nahm nicht zuletzt mit Blick auf sein Unternehmen kein Ministeramt an und übt weiterhin das Amt des Fraktionsvorsitzenden aus. Ob die selbstbewusste FDP ein so zahmer kleiner Koalitionspartner wie die SPD sein wird, bleibt abzuwarten.

In fünf Fällen ist die personelle Konstellation in der Ministerriege unverändert (vgl. Tabelle 5). Neulinge für die CDU sind der Pirnaer Bürgermeister *Markus Ulbig*, der die Nachfolge des Innenministers *Albrecht Buttolo* antrat, und *Sabine Freifrau von Schorlemer*, die *Eva-Maria Stange* (SPD) ablöste. Mit den Professoren *Unland* und *Schorlemer* waren zwei Kabinettsmitglieder parteilos; *Unland* ist inzwischen Mitglied der CDU geworden. Die Fluktuation gegenüber dem Kabinett von *Georg Milbradt* aus der Anfangszeit ist groß. Keiner der damaligen Minister amtiert noch. Als dienstältestes Mitglied fungiert *Roland Wöllner* (erst seit Ende September 2007). Politische Schwergewichte wie unter *Kurt Biedenkopf* fehlen. Erneut (wie von 2004 an) ist kein kompetenter Bürgerrechtler dabei. Immerhin wurde der im Demokratischen Aufbruch aktive frühere Kultus- (1994 bis 2002) und Wissenschaftsminister (2002 bis 2004) *Matthias Rößler* Nachfolger des von 1990 bis 2009 amtierenden *Erich Iltgen* als Landtagspräsident. Er pocht auf weithin freie Parlamentsreden und plädiert für eine deutliche Reduzierung der Zahl der Abgeordneten.⁴³ *Rößler* zählt zu den neun Parlamentariern der „ersten Stunde“. Im Vergleich zum „gleichfarbigen“ Bundeskabinett fasste die sächsische Regierung in den ersten 100 Tagen besser Tritt; dies ist auf Landesebene ohnehin leichter.⁴⁴

Die finanzielle Lage ist in Sachsen angespannt, die ökonomische ebenso. Im Koalitionsvertrag heißt es, Sachsen müsse nach dem Auslaufen des Solidarpaktes auf eigenen Beinen stehen, und die Regierung will – im Gegensatz zu den anderen ostdeutschen Ländern – ohne Nettoneuverschuldung auskommen.⁴⁵ Dem Vertrag mangelt es auch sonst nicht an Selbstbewusstsein: „CDU und FDP vereint ein ehrgeiziges Ziel. Wir wollen Sachsen langfristig wieder dorthin führen, wo es Anfang des 20. Jahrhunderts schon einmal stand. Damals gehörte Sachsen gemeinsam mit Böhmen und Schlesien zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen in Europa. Daran wollen wir anknüpfen.“⁴⁶ Insgesamt steht der Freistaat allerdings weniger gut da, als es das Selbstverständnis vieler „fischilanten“ Sachsen nahelegt.

Die Oppositionsformierung hielt nicht ganz Schritt mit der flotten Regierungsbildung. Bei den Oppositionsparteien wechselten nicht die Fraktionsvorsitzenden, wohl aber – im Gegensatz zu den Regierungsparteien – sämtliche Landesvorsitzenden. Anstelle des am Tag nach der Wahl zurückgetretenen *Thomas Jurk* kam bei der SPD der quirlige Fraktionsvorsitzende *Martin Dulig*, der neue starke Mann der in Sachsen schwachen Partei, im Oktober ins Amt, bei der Linken *Rico Gebhardt* (im November 2009) für *Cornelia Ernst*. Kurios war die Situation bei den Grünen: Da die von 2005 an amtierende *Eva Jähnigen* ins Parlament

43 Vgl. *Hubert Kemper*, Vom forschen Antreiber zum diplomatischen Mahner, in: Freie Presse vom 24./25. Oktober 2009, S. 4.

44 Vgl. *ders.*, Sächsischer Kuschelkurs als Kontrastprogramm zur Berliner Streitkultur, in: Freie Presse vom 7. Januar 2010, S. 4.

45 Freiheit – Verantwortung – Solidarität. Gemeinsam für ein starkes und selbstbewusstes Sachsen, Dresden 2009, S. 3.

46 Ebenda, S. 11.

<i>Tabelle 5: Das sächsische Kabinett nach der Wahl 2009</i>	
Ministerpräsident	<i>Stanislaw Tillich</i> (CDU)
Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (stellvertretender Ministerpräsident)	<i>Sven Morlok</i> (FDP)
Staatsminister des Innern	<i>Markus Ulbig</i> (CDU)
Staatsminister der Finanzen	<i>Georg Unland</i> (parteilos, seit Januar 2010 CDU)
Staatsminister der Justiz und für Europa	<i>Jürgen Martens</i> (FDP)
Staatsminister für Kultus und Sport	<i>Roland Wöller</i> (CDU)
Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst	<i>Sabine Freifrau von Schorlemer</i> (parteilos)
Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz	<i>Christine Clauß</i> (CDU)
Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	<i>Frank Kupfer</i> (CDU)
Staatsminister und Chef der Staatskanzlei	<i>Johannes Beermann</i> (CDU)

eingezogen war, konnte sie gemäß der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat nicht wieder kandidieren. Sie hatte zwei Jahre lang das Amt allein bekleidet – wegen des Rücktritts von *Rudolf Haas*. Für die schlecht dotierte Halbtagsstelle fand sich keine geeignete Frau.⁴⁷ Bei den Männern machte im Januar 2010 *Volkmar Zschocke* das Rennen. Bestand die übliche „Doppelspitze“ vor der Wahl aus einer Frau, besteht sie nun aus einem Mann. Der sächsische Verband der Grünen ist im Osten mit 1110 Personen zwar der stärkste, jedoch kaum im Land verankert. Bei der NPD wurde der Fraktionsvorsitzende *Holger Apfel* im Oktober 2009 auch der neue Landesvorsitzende (für *Winfried Petzold*, der seit 1996 der Partei nominell vorstand, ohne sie jemals geführt zu haben).

Die Frage ist, ob die drei Oppositionsparteien zu einer gewissen Geschlossenheit finden. SPD und Grüne dürften mit Blick auf die nächste Landtagswahl nicht umhin kommen, ihre Koalitionspräferenz zu verdeutlichen. Eine „bürgerliche“ Orientierung der Grünen wäre im stärker konservativ geprägten Sachsen vermutlich erfolgversprechender als eine linke Option. Für die NPD, längst „entzaubert“, kann es nur darum gehen, ein drittes Mal im Landtag vertreten zu sein. Auf Reputation darf die wenig reputierliche Partei nicht hoffen.

Ein „bizarrer Streit“⁴⁸ brach nach einem Beschluss des Landtagspräsidiums aus. Da die FDP Mandate gewonnen und die Linke welche verloren hatte, sollten die Abgeordneten der NPD auf derselben Etage Büros erhalten wie die der Linken. Dies löste dort heftige Proteste aus. Um unliebsame Zusammenstöße zwischen Besuchern beider Parteien zu vermeiden, empfahl das Landeskriminalamt (teure) Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen. Das monierte der sächsische Datenschutzbeauftragte. Das sächsische Verfassungsgericht lehnte eine einstweilige Verfügung der Linken ab. Schließlich wurde die sonderbare Zwistigkeit im Februar 2010 durch einen Umzug der Liberalen in eine andere Etage beigelegt.⁴⁹

47 Vgl. *Uwe Kuhr*, Sachsens Grüne haben Sorgen mit dem Führungspersonal, in: Freie Presse vom 15. Januar 2010.

48 *Christiane Kohl*, Ungeliebte Nachbarn. Im Dresdener Landtag wollen Linke und NPD nicht auf einen Flur, in: SZ vom 16./17. Januar 2010, S. 7.

49 Vgl. *Hubert Kemper*, Vernunft hat bizarren Raumstreit im Landtag beendet, in: Freie Presse vom 10. Februar 2010, S. 2.

5. Zusammenfassung

- (1) Obwohl die SPD 2004 ein einstelliges Ergebnis erzielt hatte, benötigte die CDU sie für die Regierungsbildung. Diese Koalition verdiente wahrlich nicht das Epitheton „große“. Sechs Fraktionen waren schon 2004 im Parlament vertreten, darunter die rechtsextremistische NPD. Wie 2004 trat 2009 ein Ministerpräsident an, der bei der vorherigen Wahl nicht das Amt innegehabt hatte. Zum ersten Mal musste die CDU nach ihren herben Verlusten 2004 in einen Wahlkampf ohne die absolute Mehrheit der Mandate gehen.
- (2) Der Wahlkampf verlief geräuschlos, geradezu langweilig. Es fehlte ihm an zündenden Themen. Offenkundig ging ein großer Teil der Wählerschaft von einem klaren Sieg für die Sächsische Union aus. Diese favorisierte eine Koalition mit den Liberalen, ohne darauf fixiert zu sein. Die SPD und die Grünen hatten auf eine spezifische Koalitionsaussage verzichtet, waren vielmehr der Frage ausgewichen, ob sie mit der Linken ein Regierungsbündnis anstreben wollten, für den unwahrscheinlichen Fall einer rechnerischen Mehrheit. Die Union brachte das heikle Thema kaum zur Sprache.
- (3) Trotz des Sechs-Fraktionen-Parlaments kam diesmal eine Mehrheit für die Koalition aus CDU und FDP zustande. Insofern hatte Dresden eine Art Pilotfunktion für Berlin. Die Hauptregierungspartei CDU hatte knapp verloren, die bisherige Oppositionspartei FDP dank einer offensiven Strategie klar gewonnen. Auch bei den jetzigen vier Oppositionsparteien gibt es zwei Parteien mit (bescheidenen) Gewinnen (SPD und Grüne) und zwei mit (beträchtlichen) Verlusten (Die Linke, NPD). Die Linke bot kein überzeugendes Erscheinungsbild, die NPD ein katastrophales.
- (4) Der Wahlsieg der CDU überraschte nicht. Die Persönlichkeit des neuen Ministerpräsidenten *Tillich* war dafür ebenso ausschlaggebend wie die höhere Parteibindung und der Kompetenzvorsprung der Partei. Zum dritten Mal blieb die SPD mit einem Ergebnis um zehn Prozent in einer Diaspora-Situation. Sie hat nur die Hälfte des Stimmenanteils der geschwächten Linken erreicht. Das ist keine gute Ausgangsbasis für eine Koalition mit der Linken im nach 1990 eher traditionell konservativen Sachsen. Allerdings schlugen die bisherigen Tendenzen um (Gewinne für die PDS, Verluste für die SPD). Die Liberalen und die Grünen haben wie beim letzten Mal zugelegt.
- (5) Der NPD gelang mit 5,6 Prozent der Wiedereinzug in einen Landtag – zum ersten Mal in der Geschichte der Partei. Das Ergebnis ist ein Zeichen für ihre Stärke und Schwäche zugleich. Einerseits kehrte sie trotz mannigfacher Turbulenzen und Eskapaden in das Landesparlament zurück, und zwar ohne ein mobilisierendes Thema wie „Hartz IV“, andererseits verlor sie trotz massiver Plakatierungen 40 Prozent ihres bisherigen Wähleranteils. Den Wiedereinzug verdankt sie vor allem Wählern im ländlichen Raum.
- (6) Wahlentscheidende Themen waren die Wirtschaftspolitik (für die Wähler der CDU und der FDP) sowie die soziale Gerechtigkeit (für die Wähler der Linken und der SPD). Das Elektorat der Grünen bevorzugte die Umweltpolitik, das der NPD die Migrationspolitik. Bei allen Parteien überlagerte das Motiv „Kompetenz“ die Wahlmotive „Kandidat“ und „Parteibindung“. Wie die Wählerwanderungsbilanz zeigt, büßte die CDU Stimmen vor allem an die FDP ein, die Linke in erster Linie an die SPD.
- (7) Die Unterschiede nach dem Geschlecht und vor allem nach dem Alter sind beträchtlich. Die CDU ist – mehr als früher – eine „Frauenpartei“, die Linke eine „Männerpartei“. Die ohnehin eher alte Wählerschaft der CDU und der Linken ist älter geworden.

Die FDP- und die Grünen-Wähler sind bei den 25- bis 34-Jährigen, wo sie überproportional gut abgeschnitten haben, am stärksten. Das Elektorat der SPD hat sich leicht verjüngt. Nirgendwo fallen die Abweichungen so eklatant wie bei der NPD aus: Diese ist eine „Männerpartei“ und eine Partei der „Jungen“.

- (8) Der formale Bildungsgrad der CDU-Wähler ist unterdurchschnittlich, jener der Wähler der Grünen und der Liberalen überdurchschnittlich. Die CDU ist bei Rentnern überproportional vertreten, die Linke bei Arbeitslosen, die SPD bei Studenten, die FDP bei Selbständigen, Bündnis 90/Grüne bei Angestellten und Studenten, die NPD bei Arbeitslosen und Arbeitern. Wie bei früheren Wahlen geht Gewerkschaftszugehörigkeit mit einem höheren Anteil an Wählern aus den Reihen der Linken und der SPD einher, Konfessionszugehörigkeit mit CDU-Loyalität.
- (9) Im Gegensatz zum Ausgang der Landtagswahlen in Thüringen und im Saarland am selben Tag konnte das „bürgerliche“ Lager das Ergebnis als ein vorgezogenes Votum für den Bund bezeichnen. In Sachsen liegt es bei allen Wahlen seit 1990 mit über 30 Punkten klar vor dem rot-grünen Lager. Trotz dieser eklatanten Asymmetrie kam 2004 eine schwarz-gelbe Koalition nicht zustande, weil PDS und NPD 32,2 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen vermochten – und vorher nicht wegen der absoluten Mehrheit für die Sächsische Union. Sachsen ist damit – wie kein anderes ostdeutsches Bundesland⁵⁰ – durch eine „bürgerliche“ Dominanz gekennzeichnet.
- (10) Die Regierungsbildung verlief komplikationslos und in Windeseile, da CDU und FDP ein Signal für die Bundestagswahl geben wollten. Dass jetzt kein Minister aus dem Kabinett *Milbradt* von 2004 mehr im Amt ist, zeigt das Machtbewusstsein *Tillichs*. Bei allen vier Oppositionsparteien wechselten aus unterschiedlichen Gründen die Landesvorsitzenden. Eine Annäherung der SPD und der Grünen an die Linke mit Blick auf die nächste Wahl ist möglich, aber nicht wahrscheinlich, wohl auch von der bundespolitischen Konstellation abhängig.

50 Vgl. *Eckhard Jesse*, Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in den neuen Bundesländern seit 1990, in: *Deutschland Archiv*, 42. Jg. (2009), H. 6, S. 965 – 972.

Die saarländische Landtagswahl vom 30. August 2009: Auf dem Weg nach Jamaika

Jürgen R. Winkler

1. Die Ausgangslage

Von 1955 bis 1975 hatte die CDU im kleinsten Flächenstaat der Bundesrepublik ihren Stimmenanteil bei den saarländischen Landtagswahlen kontinuierlich bis auf 49,2 Prozent steigern können. Ebenso wie auf Bundesebene hatte sich in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Eingliederung des Landes in die Bundesrepublik auch im Saarland ein hoch kon-